

Proteste wirken, wenn sie gut orchestriert sind.

Die Medien sind derzeit gespickt mit Berichten über Uniproteste aus dem In- und Ausland. Als Studentin und Politikerin verfolge ich die Ereignisse um die hiesigen Aulabesetzungen natürlich besonders mit Spannung. Die Studierenden erheben ihre Stimme und mischen sich in die Entwicklung der Universitäten ein. Dies verdient grundsätzlich meine Unterstützung, auch wenn ich mir eine bessere Orchestrierung wünsche. Denn: Ich hoffe, dass die Aktivitäten der Studierenden Wirkungen auf die Umsetzung der Bologna-Reform erzielen. Damit die Universität nicht noch mehr Verschulung erlebt und wieder vermehrt Raum bietet für vertiefende selbstständige Denkarbeit. Damit nicht nur oberflächliches „Bulimie-Lernen“ – wie es Soziologe Kurt Imhof bezeichnete – und kurzfristiges „ECTS-Punkte-Sammeln“ – wie wir es alle kennen – belohnt wird.

Auch ich nerve mich über gewisse Punkte, die mehr oder weniger direkt mit Bologna zu tun haben. Als Studentin, die sich einerseits einen grossen Teil des Studiums mit Teilzeitjobs selber finanziert; die sich neben dem Studium aber auch noch politisch engagiert – als Kantonsparlamentarierin etwa – oder unentgeltlich als Co-Präsidentin des WWF Kanton Bern. Die Verschulung inklusive Anwesenheitsnachweise betrachte ich kritisch. Wer zum Dasitzen gezwungen wird, lernt nicht unbedingt besser als wer Selbstverantwortung gelernt hat. Dabei brachte Bologna doch auch Positives; z.B. transparente und vergleichbare Abschlüsse in Europa, was die wissenschaftliche Vernetzung fördert.

Für Studierende verunmöglicht das Bologna-Regime heute jedoch quasi, neben dem Studium beispielsweise einem Parlament mit ganztägigen Sitzungstagen anzugehören oder einer regelmässigen Erwerbsarbeit nachzugehen. Gerade solche Erfahrungen sind jedoch für das künftige Berufsleben respektive die persönliche Qualifikation immer wichtiger – was nicht zuletzt auch Ziel von Bologna ist. Alt-Nationalrat und Preisüberwacher Rudolf Strahm schrieb jüngst in einer Kolumne treffend, dass die Ausbildung der Studierenden viel stärker auch an der praktischen Intelligenz und der beruflichen Befähigung gemessen werden sollte.

Im Januar behandeln wir im Kanton Bern das neue Unigesetz in erster Lesung. Das ist eine Chance um Forderungen der Studierenden aufzunehmen. Ich höre aber von Grossratskolleginnen und -kollegen die Frage, was denn die Studierenden konkret verlangen. Antworten darauf haben wir bis jetzt kaum erhalten. Statt dessen wurden wir innert weniger Stunden in die (letzten Mittwoch noch) besetzte Aula der Uni Bern zum Gespräch geladen. Leider waren da in unserem Kantonsparlament in einer Abendsitzung aber gerade Bildungsthemen der Erziehungsdirektion vorgesehen ...

Ich hoffe dennoch, dass wir 2010 im Kanton Bern ein zeitgemässes Unigesetz verabschieden, das den aktuellen Herausforderungen gerecht wird und den Kernpunkten der Studierenden Rechnung trägt. Dazu – zu einem lösungsorientierten Dialog – leiste ich gerne einen Beitrag.

*Nadine Masshardt, 25, jüngste Grossrätin (SP/JUSO) im Kanton Bern, Stadträtin in Langenthal und MA-Studentin der Geschichte und Philosophie.
www.nadinemasshardt.ch*